



Bericht und Beschlussempfehlung

des Wirtschaftsausschusses

Reduzierung der Bundeswehr in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3768 (neu)

Der oben genannte Antrag Drucksache 15/3768 (neu) wurde durch Plenarbeschluss am 11. November 2004 dem Wirtschaftsausschuss federführend und dem Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Der mitberatende Finanzausschuss befasste sich mit dem Antrag in seiner Sitzung am 13. Januar 2005, der federführende Wirtschaftsausschuss in seinen Sitzungen am 1. Dezember 2004, am 12. Januar und am 27. Januar 2005.

Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Plenum des Landtages einstimmig, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

Konversion in Schleswig-Holstein

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest:

Die Bundeswehr hat für Schleswig-Holstein große strukturpolitische Bedeutung. Die Truppenreduzierung und Standortschließungen, die der Bundesminister der Verteidigung am 02.11.2004 verkündet hat, stellen Schleswig-Holstein daher vor große Herausforderungen. Die Folgen einer Truppenreduzierung können weit über militärische, funktionale und betriebswirtschaftliche Auswirkungen hinausgehen.

Konversion ist allerdings nicht nur mit Risiken verbunden, sondern bietet auch Chancen zur Weiterentwicklung von Kommunen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag geht davon aus,

- dass die Kommunen, die die Auswirkungen von Truppenreduzierungen der vergangenen Jahre zu tragen haben, bei der Konversion jetzt nicht außer Acht gelassen werden dürfen,
- dass die Landesregierung ihre Bemühungen fortsetzt, dass aufgegebene Flächen schnell, unbürokratisch und flexibel einer Anschlussnutzung zugeführt werden können,
- dass die betroffenen Regionen im Rahmen der GA weiter gefördert werden können,
- dass die Landesregierung ihre Beratungsleistungen für die Kommunen fortsetzt.

Da sich im Augenblick der Bundestag in mehreren Ausschüssen mit diesem Thema befasst, erwartet der Schleswig-Holsteinische Landtag, dass die Landesregierung ihre Bemühungen zur Abmilderung der Konversionsauswirkungen auch auf Bundesebene auf der Grundlage der Landtagsbeschlüsse vom 11.11.2004 fortsetzt.

Roswitha Strauß
Vorsitzende